

Rede von Hanna Hüwe,

Sprecherin des Kreisverbandes von Bündnis90/Die Grünen

In Deutschland wird fast jeden Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet.

Fast jeden Tag.

Und trotzdem lesen wir in Schlagzeilen noch immer von

„Beziehungsdramen“.

Von „Familiendramen“.

Als wäre Gewalt ein Missverständnis.

Als wäre Mord ein tragischer Zufall.

Aber das ist er nicht.

Der richtige Begriff dafür ist: Femizid.

Ein Femizid bedeutet:

Eine Frau wird getötet, weil sie eine Frau ist.

Weil sie gehen wollte.

Weil sie Nein gesagt hat.

Weil sie selbstbestimmt leben wollte.

Das ist kein privates Drama.

Das ist ein strukturelles Problem.

Und es ist auch ein politisches Problem.

Denn Gewalt gegen Frauen ist kein Randphänomen.

Sie ist Ausdruck eines Macht- und Besitzdenkens, das tief in unserer Gesellschaft verankert ist.

Wenn Männer glauben, Kontrolle über das Leben von Frauen zu haben, beginnt Gewalt nicht erst mit dem Schlag.

Sie beginnt viel früher.

Sie beginnt mit Kontrolle.

Mit Nachrichten, die wissen wollen, wo du bist.

Mit Eifersucht, die als Liebe verkauft wird.

Mit Demütigungen.

Mit Drohungen.

Mit Isolation.

Mit dem Versuch, über das Leben einer anderen Person zu bestimmen.

Wenn Gewalt eskaliert,  
hat sie fast immer eine lange Vorgeschichte.

Und genau deshalb dürfen wir Gewalt nicht erst dann ernst nehmen, wenn sie sichtbar wird.

Wir müssen früher hinschauen.

Früher reagieren.

Und früher handeln.

Denn Prävention beginnt nicht erst vor Gericht.

Prävention beginnt viel früher.

Sie beginnt auch bei den Bildern davon,  
was ein Mann sein soll.

Bei Männlichkeitsbildern,  
die Jungen beibringen, stark zu sein –  
aber nicht verletzlich.

Die Dominanz mit Stärke verwechseln  
und Empathie mit Schwäche.

Diese Bilder entstehen nicht einfach so.

Wir lernen sie alle von klein auf.

Und was gelernt ist,  
kann auch verändert werden.

Deshalb beginnt Prävention früh.

Im Kindergarten.

In Schulen.

In der Jugendarbeit.

In der politischen Bildung.

Wenn Kinder lernen,  
dass Respekt keine Frage des Geschlechts ist.

Wenn Jungen lernen,  
dass Stärke auch bedeutet, empathisch zu sein.

Und wenn Mädchen lernen,  
dass ihre Grenzen nicht verhandelbar sind.

(Pause)

Aber wir müssen auch ehrlich sein:

Diese alten Rollenbilder verschwinden nicht einfach.

Im Gegenteil – sie werden gerade wieder lauter.

In Social Media.

In Podcasts.

In politischen Debatten.

Dort wird jungen Männern erzählt,  
Gleichberechtigung sei ein Angriff auf ihre Männlichkeit.

Dort wird ihnen eingeredet,  
Frauen hätten „zu viel Macht“.

Und dass ein „richtiger Mann“ wieder dominieren müsse.

Das ist kein harmloser Kulturkampf.

Es ist der Versuch, alte Machtverhältnisse wieder salonfähig zu machen.

Und genau deshalb dürfen wir diese Debatten nicht unterschätzen.

Denn Worte haben Folgen.

Sie prägen, wie Menschen über Frauen denken.

Sie prägen, was Männer glauben, worauf sie Anspruch haben.

Und sie prägen auch, wie eine Gesellschaft - unsere Gesellschaft - auf Gewalt reagiert.

Ob sie hinschaut.

Oder wegschaut.

Und genau deshalb müssen wir auch darüber sprechen,  
wie unsere Gesellschaft über Gewalt redet.

Denn Sprache ist nicht neutral.

Sie entscheidet darüber,  
ob Gewalt sichtbar wird –  
oder ob sie verharmlost wird.

Wenn Medien von „Eifersuchtsdramen“ sprechen,

klingt Gewalt plötzlich wie eine Emotion.

Wenn Täter als „verzweifelt“ beschrieben werden,  
verschiebt sich der Fokus.

Und genau dieses Muster sehen wir auch international.

Wenn über die Epstein-Files berichtet wird,  
lesen wir von „Sexpartys“.

Von „minderjährigen Frauen“.

(Pause)

Aber „minderjährige Frauen“ sind keine Frauen.

Es sind Kinder.

Und „Sexpartys“ mit Kindern sind keine Partys.

Es sind Vergewaltigungen.

Es ist sexuelle Gewalt.

Und wenn wir Gewalt nicht klar benennen,  
dann helfen wir dabei, sie zu verharmlosen.

Deshalb müssen wir Sprache ernst nehmen.

Und deshalb müssen wir politisch handeln.

Die Istanbul-Konvention verpflichtet uns dazu.

Sie verpflichtet Staaten,

Gewalt gegen Frauen zu verhindern,  
die Frauen zu schützen, die Gewalt erleben,  
und Täter konsequent zur Verantwortung zu ziehen.

Doch dieser Auftrag wird noch immer nicht konsequent umgesetzt.

Zu viele Frauenhäuser sind überfüllt.

Zu viele Beratungsstellen arbeiten am Limit.

Und noch immer hängt es viel zu oft vom Wohnort ab,  
ob eine Frau Schutz findet.

Das darf nicht sein.

Deshalb brauchen wir:

eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern.

Starke Beratungsstellen.

Und einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz.

Denn Hilfe darf kein Glücksfall sein.

Sie muss ein Recht sein.

Und wenn wir Gewalt wirklich verhindern wollen,  
dann müssen wir auch dort ansetzen,  
wo sie entsteht.

Bei Tätern.

Anti-Gewalt-Trainings.

Gefährderansprachen.

Frühe Intervention.

Denn Verantwortung darf niemals bei den Opfern liegen,  
die Gewalt erleben.

Sie liegt bei denen, die Gewalt ausüben.

Und sie liegt auch bei uns als Gesellschaft.

Gewaltprävention kostet Geld.

Aber eines müssen wir klar sagen:

Nichtstun kostet Leben.

(Pause)

Jeder Femizid ist einer zu viel.

Jeder einzelne bedeutet ein Leben,  
das hätte geschützt werden müssen.

Heute erinnern wir auch an die Frauen,  
die nicht mehr hier sein können.

Und wir sagen klar:

Ihr seid mehr als Zahlen in einer Statistik.

(Pause)

Und dieser Tag ist auch ein Tag der Solidarität.

Denn keine Frau sollte Gewalt alleine überstehen müssen.

Solidarität bedeutet:

hinsehen, wenn jemand Hilfe braucht.

Zuhören, wenn jemand den Mut findet zu sprechen.

Und nicht wegschauen, wenn Grenzen überschritten werden.

Denn Gewalt gegen Frauen ist kein privates Problem.

Sie geht uns alle an.

(Pause)

Der feministische Kampftag ist kein symbolischer Termin.

Er ist ein Auftrag.

Ein Auftrag, Gewalt klar zu benennen.

Ein Auftrag, patriarchale Strukturen zu verändern.

Ein Auftrag, unsere Gesellschaft gerechter zu machen.

Denn Feminismus ist keine Ideologie.

Feminismus bedeutet etwas sehr Einfaches:

Die gleichen Rechte.

Die gleiche Sicherheit.

Die gleiche Freiheit.

Feminismus ist Menschenrechtspolitik.

Und solange Frauen sterben,

weil sie Frauen sind,

solange werden wir nicht leise sein.

Wir bleiben laut.

Auf unseren Straßen.

In unseren Städten.

Und in unserer Politik.

Für ein Leben ohne Gewalt.

Für echte Gleichstellung.

Und für eine Gesellschaft,  
die schützt –  
bevor sie trauert.